

Information

In einer Botschaft an die Völker Asiens, anlässlich seiner großen Asienreise vom 26. November bis 5. Dezember 1970, erklärte Papst Paul VI., er betrachte es als seine Pflicht, allen verantwortlichen Männern nahe-zulegen, entschlossen und überall gegen die Ungerechtigkeiten in den Verhältnissen und den Beziehungen zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen anzukämpfen und sich immer tatkräftiger mit Aufgeschlossenheit und Entschiedenheit für die menschliche Entwicklung aller Bürger einzusetzen und vor allem den Nöten und Rechten der Ärmsten und Verlassensten unter ihnen, den Arbeitern, die einen gerechten Lohn fordern, und den Bauern, die eine kluge Agrarreform wünschen, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Fortschritt müsse sich in einer Weise vollziehen, bei der die höchsten und kostbarsten Werte nicht geopfert werden. Er hoffe, daß die geistige Sichtweite der asiatischen Völker und die Unversehrtheit ihres Familienlebens sie befähige, sich dem Materialismus zu widersetzen und sogar der westlichen Zivilisation die Gefahren überwinden zu helfen, die der Fortschritt als solcher in sich birgt. Alle gläubigen Völker und ihre religiösen Führer müßten dieser gemeinsamen Gefahr begegnen. Asien, das große Weltreligionen hervorgebracht hat, dürfe nicht der Gottlosigkeit anheimfallen. Abschließend richtete Paul VI. einen schmerzvollen und sehr herzlichen Gruß an die Völker Asiens, die noch immer von der Geißel des Krieges heimgesucht werden. Er selbst habe bisher nichts unterlassen und werde auch weiterhin nicht aufhören, um öffentlich und im persönlichen Gespräch mit den verantwortlichen Männern darauf hinzuwirken, „damit in kluger und zäher Entschlossenheit unermüdlich die Wege gesucht werden, um die Feindseligkeiten einzustellen und endlich zu einem gerechten und ehrenhaften Frieden zu gelangen“.

Der Episkopat sei nicht eine privilegierte Kaste, sondern ein Organ zum Wohl und im Dienst aller Teilkirchen und der Gesamt-

kirche, betonte Papst Paul VI. vor den zum ersten panasiatischen Treffen in Manila versammelten Bischöfen Asiens. Richtlinie für das apostolische Wirken müßten die Lehren des II. Vatikanums sein. Es sei Pflicht der Kirche, ihren Beitrag zu einem vollen Humanismus zu leisten, d. h. zur vollen Entfaltung des ganzen Menschen und aller Menschen. Eine ungenügende Kenntnis der in den verschiedenen Kulturen verborgenen Reichtümer habe in der Vergangenheit die Ausbreitung des Evangeliums behindert und der Kirche oft das Aussehen eines Fremden gegeben. Aufgabe der Ortsbischöfe sei es, herauszustellen, daß das Heil Christi allen Menschen angeboten werde. Bei der Wahrung der Einheit im wesentlichen sei ein Pluralismus im Ausdruck berechtigt, ja wünschenswert. – In einer Ansprache beim Besuch des philippinischen Staatspräsidenten Marcos forderte der Papst eine gerechtere Verteilung der Reichtümer, eine wirkliche und integrale Entwicklung der einzelnen wie der Gemeinschaften, eine zielbewußte Förderung der armen Bevölkerungsschichten und ein tieferes Bewußtwerden der Pflichten dem Nächsten gegenüber.

Der Ökumenische Rat der Kirchen habe mit seinem Beschluß von Arnoldshain, im Rahmen seines Anti-Rassismus-Programms Freiheitsbewegungen 200.000 Dollar zur Verfügung zu stellen, weder explizit noch implizit die Anwendung von Gewalt gutgeheißen, erklärte der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Eugene Carson Blake. Der Exekutivausschuß habe in seinem Beschluß ausdrücklich betont, daß er nicht die allgemeinen Programme der geförderten Organisationen unterstütze, sondern jene Zielsetzungen, die als Kampf um wirtschaftliche, soziale und politische Gerechtigkeit bezeichnet würden. Trotzdem führte dieser Beschluß insbesondere in der Evangelischen Kirche in Deutschland zu einer heftigen Diskussion über die Frage der Gewalt oder Gewaltlosigkeit und zu einer Meinungsverschiedenheit mit dem Weltkirchenrat, die in einer ersten Konsultation am 1. Dezember 1970 noch nicht ausgeräumt werden konnte. Nach Abschluß der Beratung gaben die beiden Delegationen kurze Erklärungen ab. In der von der Delegation des Weltkirchenrates vor-

getragenen Erklärung wurde es als gemeinsame Überzeugung dargestellt, daß eine noch stärkere Beteiligung der Christen am Kampf gegen rassistische Unterdrückung in allen Teilen der Welt notwendig sei. Erneut wurde betont, die Genfer Aktion diene ausschließlich humanitären Zwecken. Die Tatsache, daß sich einige der unterstützten Gruppen gezwungen sehen, Gewalt mit Gegengewalt zu beantworten, habe jedoch in vielen Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates Bedenken und Unsicherheit ausgelöst.

Die Nationen hätten die Pflicht, ihre Sicherheit und den Frieden mit anderen Mitteln zu gewährleisten als mit denen des Schreckens, heißt es in einem zum Abschluß der Vollversammlung des französischen Episkopats im November 1970 in Lourdes herausgegebenen Kommuniqué. Es gelte, von einer Dialektik der Furcht zu einer Dynamik des Friedens zu gelangen und nicht Waffen, sondern Brot mit den armen Völkern zu teilen. Die ungeheuren Summen für Rüstung könnten besser für die Entwicklung der notleidenden Länder verwendet werden. Das Kommuniqué, das mit 89 gegen 19 Stimmen von den Bischöfen verabschiedet wurde, unterstrich noch einmal stark die politischen Züge dieser Bischofskonferenz. Zwar betonte der Erzbischof von Paris, Kardinal François Marty, die Kirche könne sich nicht selbst politisch engagieren, aber sie könne den Laien wesentliche Elemente zu einem politischen Engagement vermitteln.

Nur wenn es in den siebziger Jahren gelingt, die bestehende Kluft zwischen arm und reich auf nationaler und weltweiter Ebene zu beseitigen, könne man hoffen, daß die Menschheit in Frieden das Ende dieses aufgewühlten Jahrhunderts erreiche, schrieb der Präsident der Päpstlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, Kardinal Maurice Roy, anläßlich des Beginns des zweiten Entwicklungsdezenniums an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant. Angesichts dieser alarmierenden Situation halte die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden es für ihre Pflicht, zur Zusammenarbeit auf weltweiter Ebene aufzurufen, um eine integrale menschliche Entfaltung für alle Menschen zu erzielen. Vor

allem zwei Fehler, die während der ersten zehn Jahre des Entwicklungsplanes gemacht worden seien, dürften nicht wiederholt werden: Die Entwicklungsprozesse der industrialisierten Länder könnten und dürften nicht ohne weiteres auf die Entfaltung der Nationen der Dritten Welt angewandt werden, und ein allzu freier Markt zwischen ungleich starken Partnern könne keine gleichmäßige Verteilung der Erträge des Wirtschaftsprozesses gewährleisten. Es sei jedoch heute eine gemeinsame Tendenz festzustellen, die ursprünglichen Begriffe wirtschaftlicher Steigerung durch neue Ideen sozialer Gerechtigkeit und politischer Teilnahme zu integrieren.

Die Unterdrückung einer schwarzen Mehrheit von 80 Prozent der Bevölkerung durch eine Minderheit von 20 Prozent Weißen in Südafrika müsse als Parallele zur Ausbeutung der Dritten Welt insgesamt angesehen werden, erklärte der Generalsekretär des University Christian Movement, Collins, in Südafrika. Er warf den Kirchen in Südafrika vor, sich nach dem Beschluß des Ökumenischen Rates der Kirchen zur Rassismusfrage als Pazifisten zu gebärden, bisher aber dem Status quo und damit der Ausübung von Gewalt in Südafrika durch die jetzigen Machthaber zugestimmt zu haben.

Konfessionsverschiedene Brautleute, die sich kirchlich trauen lassen wollen, sollten von den Kirchen beider Konfessionen weder abgeworben noch „überfahren“ werden. Hauptanliegen müsse es vielmehr sein, daß der evangelische Pfarrer und der katholische Priester in den Gemeinden zusammenarbeiten mit dem Ziel, Vertrauen zu schaffen und den Willen der Brautleute stärker als bisher zu berücksichtigen. Diese von der Ökumenischen Kommission der katholischen Bistümer in Bayern und der Ökumenischen Kommission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern ausgearbeiteten Empfehlungen sehen regelmäßige Treffen der Pfarrer auf allen Ebenen, besonders in den Gemeinden, vor. Außerdem sollen laufend Brautleutetage und Eheseminare angeboten sowie mindestens einmal jährlich über die christlichen Möglichkeiten und Aufgaben der konfessionsverschiedenen Ehe gepredigt werden.

Die *katholische Publizistik* benötige mehr qualifizierte Mitarbeiter, verbesserte technische Mittel und darum größere finanzielle Möglichkeiten, um ihren wachsenden Aufgaben auch in Zukunft gerecht werden zu können, stellte der Rat der katholischen Weltunion der Presse (UCIP) auf einer im November 1970 in Paris abgehaltenen Sitzung fest. Es müsse erreicht werden, daß ein wirklichkeitsgetreues Bild der Kirche und ihrer Leistungen vermittelt werde. Die Beteiligung der Kirche an den öffentlichen Prozessen der Meinungs- und Bewußtseinsbildung müsse insbesondere durch publizistische Bemühungen gewährleistet werden. Als wichtigste Aufgaben zur Erreichung dieser Ziele werden die publizistische Entwicklungshilfe, also der Ausbau des katholischen Presse- und Informationswesens in Afrika und Asien, die Verbesserung des internationalen Nachrichtenaustausches sowie die Intensivierung der Berufsbildung und der Nachwuchsausbildung bezeichnet.

Mittels *moderner Werbemethoden*, wie sie etwa von politischen Parteien oder Interessenvertretungen benützt werden, die Öffentlichkeit zu informieren, stellt einen für die Kirche in Europa ungewöhnlichen, für Österreich aber ganz neuen Weg dar. In Zusammenarbeit mit Werbefachleuten wurde in der Diözese Linz ein großangelegtes Konzept erstellt, das in drei Etappen Fakten über die Tätigkeit der Kirche bekannt machen und so das Bild und Ansehen dieser weitverzweigten Organisation in der breiten Öffentlichkeit verbessern helfen soll. Im Hinblick darauf, daß der Hauptangelpunkt der Kritik an der Kirche meist das Thema „Kirche und Geld“ ist, soll durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit vor allem der materielle Aspekt der Kirche transparent gemacht werden.

Der *Ökumenische Patriarch* Athenagoras und die Hl. Synode des Patriarchats von Konstantinopel haben die orthodoxen Kirchenleitungen informiert, daß Konstantinopel nicht gewillt sei, die Selbständigkeit der „orthodoxen Kirche von Amerika“ anzuerkennen. In einem Schreiben an den russisch-orthodoxen Patriarchatsverweser, Metropolit Pimen, erklärte Patriarch Athenagoras, daß er den Akt der Selbständigkeitserklärung, in welcher Form er

immer vorgenommen worden sei, als ungeschehen und unstatthaft ansehen und den Status quo in Amerika, wie er vor der Unabhängigkeitserklärung bestand, als weiterhin rechtsgültig betrachte. Die Frage der orthodoxen Diaspora im allgemeinen und die der amerikanischen Gemeinden im besonderen könnte nur vom in Vorbereitung befindlichen panorthodoxen Konzil geprüft und geregelt werden. Dieselbe Stellung bezog Patriarch Athenagoras auch bezüglich der autonomen orthodoxen Kirche in Japan, die ebenfalls vom Moskauer Patriarchen begründet worden war.

Das *türkische Erziehungsministerium* hat einen Erlaß veröffentlicht, wonach in Minoritätsschulen nur noch Schüler desselben religiösen Bekenntnisses und derselben Rasse unterrichtet werden. Die Maßnahme der Regierung in Ankara wird von christlicher Seite als schwerer Schlag für das um seine Existenz kämpfende Schulwesen der christlichen Kirchen des Landes bezeichnet. Nach dieser Verordnung können in eine Schule, die bei ihrer Gründung als griechisch-orthodoxe Schule bezeichnet wurde, zwar katholische oder armenisch-gregorianische Schüler aufgenommen werden, Schüler anderer Bekenntnisse oder anderer Rasse, die bisher diese Schulen besuchten, wurden aber veranlaßt, diese Lehranstalten zu verlassen.

Die in *europäischen Klöstern lebenden* indischen Ordensfrauen werden, den Worten des indischen Außenministers Singh zufolge, gut behandelt. Vor dem Parlament in New Delhi teilte Singh dies als Ergebnis der mit Untersuchungen beauftragten diplomatischen Kommissionen mit. Die Erhebungen waren im vergangenen August begonnen worden, nachdem über einen angeblichen Handel mit indischen Mädchen nach Europa berichtet worden war. Die „Sunday Times“ hatte damals einen Artikel veröffentlicht, demzufolge indische Mädchen mit dem Versprechen, in Europa eine Ausbildung zu erhalten, ihren Familien „abgekauft“ worden seien. Dieses Versprechen – behauptet das Blatt – wäre jedoch nicht eingehalten worden, vielmehr müßten die Mädchen in europäischen Klöstern niedrige Arbeiten verrichten und unter

äußerst schlechten Bedingungen leben. Eine Heimreise, so gern sie diese wünschten, sei ihnen praktisch unmöglich. Nach den Ergebnissen der von der indischen Regierung angestellten Untersuchungen haben sich diese Vorwürfe als haltlos erwiesen.

Der Bischof von Haarlem, Theo Zwartkruis, hat definitiv alle rechtlichen Verbindungen mit der Amsterdamer Studentengemeinde abgebrochen. Der Bischof zog seinen Vertreter aus dem Pfarrgemeinderat der Studentengemeinde zurück. Das gleiche tat der Provinzial des Jesuitenordens, Jan van Deenen, der in das Leitungsgremium der von Jesuiten betreuten Studentenpfarre ebenfalls einen Repräsentanten gesandt hatte. Ursache des Bruches zwischen Studentenpfarre und Hierarchie ist die Tatsache, daß die Studentengemeinde trotz ausdrücklichen kirchlichen Verbots verheiratete Priester einlud, für sie die Messe zu zelebrieren. Die Haltung von Bischof Zwartkruis gegenüber der Amsterdamer Studentengemeinde findet die Zustimmung der Mehrheit der niederländischen Katholiken.

Berichte

Die Situation der Kirche in den Niederlanden*

Immer wieder begegnet man der Frage, was denn mit der holländischen Kirche los sei. Die Antwort lautet, daß sich die niederländische Kirche in einem Wachstumsprozeß befindet. Will man einen Wachstumsvorgang richtig verstehen, so muß man eine Ahnung haben von der jeweiligen inneren und äußeren Geschichte, von Lebensumständen, Faktoren, die das Wachstum fördern oder behindern. Für das Verständnis der Kirche in den Niederlanden sind drei geschichtliche Perioden zu unterscheiden: die Zeit der Emanzipation von 1853 bis 1940; die Nach-

kriegszeit von 1945 bis 1960; die Zeit des II. Vatikanischen Konzils und die nachkonziliare Epoche.

1. Die Emanzipationszeit

Die Geschichte der heutigen katholischen Kirche in den Niederlanden begann erst mit der Wiedererrichtung der Hierarchie im Jahr 1853, nachdem sie bereits unter Napoleon ihre Freiheit zurückerhalten hatte. Seit jenem Datum setzte sie alles daran, ihren Platz in der niederländischen Gesellschaft zu erringen. Die damalige Kirche war einseitig hierarchisch: Von einigen Laien abgesehen, verlief praktisch die gesamte Emanzipation unter der Leitung von Bischöfen und Priestern. Und die Kirche war institutionell: Um der eigenen Identität willen setzte man sich mit großem Eifer für die Schaffung katholischer Gesellschaftsfaktoren ein, wie eigene Zeitungen, Unterrichtsanstalten, Sozialorganisationen, kulturelle und unterhaltsame Zusammenschlüsse und schließlich eine eigene politische Partei. Der niederländische Katholik jener Jahre galt in der Gesellschaft als Bürger zweiten Grades. Man traf ihn vornehmlich unter den Arbeitern, kleinen Mittelständlern und in der bäuerlichen Bevölkerung an. Kirchlich gesehen, waren diese Katholiken ultramontan, der Hierarchie und den Priestern bis zum äußersten gehorsam. Ihr missionarischer Elan war ausgeprägt, ihr Verhältnis zu den anderen Kirchen defensiv-apologetisch.

Die Jahre zwischen den beiden Weltkriegen waren dem niederländischen Katholizismus günstig. Die Kirche konnte ihre Position innerhalb der Nation stärken. Einige der Gründe seien erwähnt: hohe Geburtenziffern, Errichtung der Nijmegener katholischen Universität, und in ihrem Gefolge ein Anwachsen der katholischen Intelligenz, katholische Mittel- und Höhere Schulen, Anwachsen der konfessionellen Partei, die seit den zwanziger Jahren ununterbrochen an der Regierung ist. Bis nach dem zweiten Weltkrieg haben die Bischöfe Hollands immer wieder ihr Kirchenvolk aufgerufen, möglichst die katholische Partei zu wählen.

Die Jahre von 1940 bis 1945 waren eine Periode untergründiger kircheninterner Prozesse, die sich in Künstlerkreisen und unter

* Gekürzte Fassung eines vom Bischof von Groningen, J. B. Möller, auf dem Trierer Katholikentag gehaltenen Referates.